

E r g e b n i s n i e d e r s c h r i f t

Sitzung des Ausschusses „Unternehmerinnen“ am 1. Dezember 2025
Holzwerk Franz Obermeier GmbH, Mühldorfer Straße 59, 84419 Schwindegg

T a g e s o r d n u n g

Seite

TOP 1	Begrüßung Ingrid Obermeier-Osl, Vorsitzende des Ausschusses	2
TOP 2	Bericht aus Berlin und wirtschaftspolitischer Austausch Stephan Mayer, MdB	2
TOP 3	Mutterschutz und Elternzeit für Unternehmerinnen – Positionierung des Ausschusses Elfi Kerschl, Referatsleiterin Business Women IHK Diskussion und Positionierung des Ausschusses	2
TOP 4	Berichte von der IHK-Arbeit Aktuelle Themen Thomas Stöhr, Abteilungsleiter berufliche Fortbildung, Fachkräfte, Berufsbildungsrecht Aktivitäten Business Women IHK Elfi Kerschl, Referatsleiterin Business Women IHK	
TOP 5	Verschiedenes und Verabschiedung	

Beginn der Sitzung: 16:45 Uhr
Ende der Sitzung: 19:30 Uhr

Anlagen:
Gesamtpräsentation
Teilnehmerliste

Im Vorfeld der Ausschusssitzung hatten die Mitglieder des Ausschusses und Vertreterinnen der Frauenunion Schwindegg die Möglichkeit einer Betriebsbesichtigung des Holzwerks Obermeier und eines Austausches. Roland Kamhuber, Bürgermeister von Schwindegg, begrüßte die Damen und stellte kurz den Standort vor.

TOP 1: Begrüßung

Die Vorsitzende des Ausschusses, Unternehmerinnen, Ingrid Obermeier-Osl eröffnet die Sitzung und begrüßt die Mitglieder und Gäste des Ausschusses sowie die Referenten der heutigen Sitzung.

TOP 2: Bericht aus Berlin und wirtschaftspolitischer Austausch

Ingrid Obermeier-Osl begrüßt Stephan Mayer, Mitglied des Bundestages und Wahlkreisabgeordneter für die Landkreise Mühldorf und Altötting am Inn.

Als Einstieg in den wirtschaftspolitischen Austausch gibt die Ausschussvorsitzende eine kurze Einschätzung der aktuellen wirtschaftspolitischen Lage. Nach ihrer Einschätzung steckt Deutschland weiterhin ohne spürbaren Aufschwung fest, weil grundlegende strukturelle Probleme ungelöst bleiben. Sie hebt dabei hervor:

- Das so genannte „Sondervermögen“ wird augenscheinlich zum Verschiebebahnhof im Bundeshaushalt genutzt, statt wie angekündigt damit zusätzliche, dringend notwendige Investitionen schnell umzusetzen und damit auch die Wirtschaft anzukurbeln.
- Das Entlastungspaket im Energiebereich bekämpft lediglich die Symptome, nicht aber die Ursachen der hohen Kosten der Energiewende.
- Statt Regulierung und Bürokratie konkret und spürbar für die Wirtschaft zurückzubauen, schafft die Bundesregierung – beispielsweise mit dem Bунdestarifreuegesetz – neue bürokratische Belastungen insbesondere für die mittelständische Wirtschaft.

- Die hohen Lohnnebenkosten sind ein weiterer Hauptgrund für die schlechten wirtschaftlichen Rahmenbedingungen in Deutschland. Ohne mutige Strukturreformen im Sozialsystem wird der Standort Deutschland im internationalen Wettbewerb weiter auf der Verliererspur bleiben.

Stephan Mayer geht in seinem Eingangsstatement darauf ein und hebt hervor, wie wichtig das Holzwerk Obermeier als Arbeitgeber für die Region ist und dass ihm bewusst ist, in welcher Lage sich die Unternehmen in ganz Deutschland befinden:

- Die Lage ist schlechter als die Stimmung in der Wirtschaft und wir müssen von der Erkenntnis ins Handeln kommen. Und zwar so schnell wie möglich. Deutschland steckt weiterhin ohne spürbaren Aufschwung fest, weil grundlegende strukturelle Probleme ungelöst bleiben.
- Diese Legislaturperiode ist entscheidend, um eine Regierungsübernahme durch die AfD zu verhindern.
- Umfassende Strukturreformen, insbesondere in Renten-, Steuer-, Energie- und Strompreispolitik, sowie mehr Investitionen in Bildung und Forschung sind dringend notwendig.
- Deutschland schöpft sein Gründer- und Innovationspotenzial bislang nicht aus und braucht daher dringend tiefgreifende Reformen, statt allein auf Wirtschaftswachstum zu hoffen.

Im Anschluss findet eine lange und rege Diskussion statt, in der die Unternehmerinnen ihre Sorgen und Bedenken äußern:

- Es besteht breite Einigkeit darüber, dass Deutschland kein Erkenntnis-, sondern ein massives Handlungs- und Umsetzungsproblem hat, insbesondere bei Rentenreform, Energiepolitik, Bürokratieabbau und Digitalisierung.
- Viele der anwesenden Ausschussmitglieder wünschen sich, dass Arbeit wieder attraktiver wird, u. a. durch weniger Sozialabgaben, mehr Netto vom Brutto und klare Arbeitsanreize statt Bürgergeld.
- Die Sorge wächst, dass politisches Parteien-Bashing und fehlende Kompromissbereitschaft der AfD nützen, weshalb ein sachlicherer Diskurs gefordert wird.

- Mehrere Stimmen kritisieren hohe Gesundheits- und Rentenausgaben, fehlende Visionen und warnen vor dem Verlust des Industriestandorts, während Investitionen in Zukunftstechnologien, Start-ups und günstigen Strom als zentral angesehen werden.
- Insgesamt herrscht der Eindruck, dass Deutschland sich in einer schweren wirtschaftlichen Krise befindet und jetzt entschlossen handeln muss – nach dem Motto: „Wenn nicht jetzt, wann dann?“

Aufgrund des langen politischen Austausches müssen die restlichen Tagesordnungspunkte entfallen.

Die unter Top 3 geplante Diskussion zum Mutterschutz für Selbständige wird in einem Online-Termin im Januar 2026 besprochen und eine Position im Umlaufverfahren angestrebt. Der Termin wird dem Ausschuss bekannt gegeben. Ein erster Vorschlag einer Positionierung ist in der Gesamtpräsentation enthalten.

Die Tagesordnungspunkt 4 und 5 entfallen. Berichte über die IHK-Arbeit und Aktivitäten der Business Women IHK sind in der Gesamtpräsentation enthalten und können dort eingesehen werden.

Die nächste Sitzung findet voraussichtlich im März statt.

Marlene Eder
(Protokollführerin)

Ingrid Obermeier-Osl
(Ausschussvorsitzende)

04.12.2025